



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/295 - 30. Dezember 1950

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	1960 - Das afrikanische Jahr Von H.J. Wischniewski, MdB	82
3	Hat die Erde Raum für alle? Vor 125 Jahren starb Thomas Robert Malthus, der Schöpfer einer pessimistischen Bevölkerungstheorie	49
4 - 5	Von Hassel wird von allen Seiten zugedeckt Schleswig-Holsteins Ministerpräsident im Spiegel der öffentlichen Meinung	68
6	Südtirol Unzufriedenheit zwischen Rom und Wien	30
6	"Oberländer" Zu einem Schreiben des Bundesvertriebenenministers	20

1960 - Das afrikanische Jahr

Von H.J. Wischniewski, MdB

Das Jahr 1960 wird als "das afrikanische Jahr" in die Geschichte eingehen. Afrika hat etwa 200 Millionen afrikanische Einwohner. Davon haben bis heute in den Staaten Marokko, Tunesien, Libyen, Ägypten, Sudan, Äthiopien, Ghana, Liberia und Guinea etwa 70 Millionen Menschen ihre politische Unabhängigkeit erhalten. In Jahre 1960 werden mindestens vier weitere afrikanische Länder den Weg der Unabhängigkeit gehen:

Zogo	mit	1 091 000	Einwohnern
Kamerun	"	3 516 000	"
Nigeria	"	33 368 000	"
Somalia	"	1 300 000	"

Nahezu 40 Millionen Afrikaner werden also 1960 ihre politische Unabhängigkeit erhalten. Damit haben dann 55 Prozent der Afrikaner das Ziel erreicht, das sie sich alle gestellt haben. Die neuen unabhängigen Staaten werden wiederum behilflich sein, daß die übrigen Länder Afrikas diesen Weg auch recht bald gehen können. Sie werden Sitz und Stimme bei den Vereinten Nationen erhalten. Damit verschiebt sich in der UNO-Vollversammlung das Gewicht weiter zu Gunsten der afro-asiatischen Länder. Noch weit mehr als bisher wird die Annahme bzw. Ablehnung von Resolutionen von diesen Staaten entschieden werden.

Schon zeichnet sich der Weg zur Unabhängigkeit für weitere Länder Afrikas sehr deutlich ab. Man denkt an Belgisch-Kongo, an Kenia, an Rhodesien - Nyassaland und an die Mali-Föderation. Bei all diesen Ländern handelt es sich nur noch um eine Zeitfrage. Es könnte sogar sein, daß einige dieser Länder diesen Weg ebenfalls noch in Jahre 1960 gehen. Es liegt in Interesse aller, wenn keines dieser Länder den tragischen Weg Algeriens zu gehen braucht.

Aus Fehlern lernen

Damit ergeben sich neue und wesentliche Aufgaben für die Außenpolitik der Bundesrepublik. Es wird für uns von entscheidender Bedeutung sein, zu allen neuen afrikanischen Staaten jeweils so bald wie möglich nicht nur diplomatische sondern auch freundschaftliche Beziehungen herzustellen. Hier müssen aus den bisher gemachten Fehlern die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden. So ist es z.B. unmöglich, bei allen Vereinbarungen mit diesen jungen Staaten jeweils bei den früheren Kolonialmächten nachzufragen. Zwangsläufig muß bei diesen Völkern der Eindruck entstehen, als würde die gewonnene Unabhängigkeit von uns nicht sehr ernst genommen.

Heute ist sicher allen klar, daß den sogenannten Entwicklungsländern Hilfe gewährt werden muß. Die bisher gewährte Hilfe ist viel zu gering. Aber hier soll nicht über die Höhe gestritten werden. Etwas anderes erscheint mindestens genau so wichtig. Die materielle Hilfe verliert entscheidend an ideellem Wert, wenn in den betroffenen Ländern der Eindruck entsteht, daß sie nur gewährt wird, um den Kommunismus etwas entgegenzusetzen oder ihn dort zu verhindern. Hilfe an diese Länder muß gewährt werden aus dem Gedanken heraus, den Menschen dort etwas von ihrer Not zu nehmen, ihnen behilflich zu sein, die Basis zu schaffen, damit sie ein menschenwürdiges Leben führen können. Anderenfalls erzieht man diese Länder geradezu zu einer Schaukelpolitik zwischen West und Ost. Auch dafür gibt es ja bereits praktische Beispiele.

Die Rolle der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung

In vielen dieser jungen Staaten hat die Gewerkschaftsbewegung besondere Bedeutung. Vielfach haben hier die Gewerkschaften entscheidend dazu beigetragen, die Unabhängigkeit zu erreichen. In diesen Ländern müßte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß zu den Botschaften der Bundesrepublik auch ein Sozialattaché gehört. Leider ist das bisher in den meisten dieser Länder nicht der Fall. Aber auch die Gewerkschaften selbst werden hier eine entsprechende Initiative ergreifen müssen. Das kann keineswegs ausschließlich eine Aufgabe des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften sein. Auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird sich mehr als bisher dieser Frage annehmen müssen. Die Entwicklung der Gewerkschaftssituation in Afrika ist keineswegs beruhigend, wenn man daran denkt, daß die, insbesondere von Sekou Touré - dem Staatschef von Guinea -, vorangetriebene Entwicklung zu einer eigenen afrikanischen Gewerkschaftsinternationalen (d.h. ohne Mitgliedschaft im Internationalen Bund freier Gewerkschaften bzw. Kommunistischen Weltgewerkschaftsbund) von den Sowjets sehr gerne gesehen und auch gefördert wird.

Aufgaben für die Jugend

Es sei nur an die vielen Stipendien für afrikanische Gewerkschaftler an besonders dazu eingerichteten Schulen in den Ostblockstaaten gedacht. In diesem Zusammenhang muß aber auch die große, für das Jahr 1960 geplante Afrikareise des sowjetischen Ministerpräsidenten erwähnt werden. Auch für die Sowjets ist 1960 das Afrika-Jahr.

Nur etwa 220 Studenten aus dem schwarzen Afrika studieren an den Universitäten der Bundesrepublik. Das sind nur gut 1 Prozent aller ausländischen Studenten bei uns. Hier besteht also ein Mißverhältnis, das dringend der Änderung bedarf. Die politische Jugend in der Bundesrepublik muß sich um Kontakte zur Jugend Afrikas bemühen. Parlament und Regierung müssen dabei behilflich sein.

Hat die Erde Raum für alle?

Die Weltbevölkerung hat in den vergangenen 150 Jahren in einem Umfang zugenommen, der zu mancherlei Befürchtungen Anlaß gibt. Die im Mai 1957 gezählten 2,795 Milliarden Erdbewohner sind die Nachkommen von 900 Millionen Menschen, die Anfang des 19. Jahrhunderts lebten. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Frage: Wird die Erde in 100 Jahren noch alle ihre Bewohner ernähren können, wenn deren Zahl in gleichem Umfang wie bisher steigt oder wenn sie sich sogar, wie man heute annimmt, etwa alle vierzig Jahre verdoppeln wird?

Das Thema der Übervölkerung war bereits vor 160 Jahren Inhalt einer gelehrten Schrift des englischen Nationalökonomers Thomas Robert Malthus, der damit Urheber einer bis heute noch diskutierten, wenn auch grundsätzlich überholten, pessimistischen These zur Frage der Übervölkerung wurde. Sein zunächst als Streitschrift verfaßtes Buch erregte sogleich nach seinem Erscheinen großes Aufsehen. Kritik und Zustimmung gaben Anlaß zu weiteren Studien, die zur Grundlage des "Malthusianismus" wurden.

Die Grundidee Malthus' war seine Überzeugung, daß sich die Bevölkerung in geometrischer Reihe vermehrt: 1, 2, 4, 8, 16, 32, 64; dagegen der Nahrungsmittelspielraum nur in arithmetischer Progression: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7. Nach dieser Theorie würde im gleichen Zeitraum, in dem eine Bevölkerung um das 64-fache wächst, die Nahrungsgrundlage nur um das Siebenfache zunehmen. Malthus war der Ansicht, daß der damit drohenden Übervölkerung nur durch Hungernöte, Seuchen, Kriege oder Laster im negativen Sinne, oder durch Heraufsetzung des Heiratsalters positiv begegnet werden könnte.

Sachlich wurde der Malthusianismus erst im 20. Jahrhundert überholt, als sich aus der Entwicklung von Wissenschaft und Technik ganz andere Gesichtspunkte zur Bevölkerungsfrage ergaben.

In unserem Jahrhundert wurde zum ersten Mal festgestellt, welche Arten und Mengen von Nahrungsmitteln nötig sind, um einen Menschen am Leben und bei Gesundheit zu erhalten. Auch prüfte man die Möglichkeit der Nahrungsmittelerzeugung auf der ganzen Welt genau und stellte Berechnungen über die wichtigeren Grundstoffe wie Kohle und Öl, Wasserkraft und Grundmetalle, an, überschlug die Bevölkerungsziffern der Welt und überdachte ihre Weiterentwicklung auf dieser neuen Wissensgrundlage.

Heute glauben Wissenschaftler und Landwirte, das Problem der Boden-erosion sicherlich lösen und einen erheblichen Teil der riesigen ungenutzten Bodenflächen der Erde noch dem Ackerbau erschließen zu können. Durch verbesserte und intensivere Anbaumethoden ließe sich die Nahrungsmittelmenge bedeutend vermehren und auch die Weltförderung an mineralischen Düngemitteln leicht verdoppeln, was besonders für Länder mit rückständigen Anbaumethoden einen großen Segen bedeuten würde. Malthus unterschätzte demnach nicht nur die Möglichkeiten zur Erweiterung des Nahrungsspielraumes ganz bedeutend; er ließ auch außer acht, daß ein Bevölkerungszuwachs den Antrieb zu wirtschaftlichen Fortschritt einschließt. Auch sind uns heute sehr ausschlaggebende Tatsachen bekannt, von denen Malthus zu seiner Zeit nichts wissen konnte, so die Beobachtung, daß mit zunehmendem Wohlstand der Kinderreichtum in den zivilisierten Ländern abnimmt und umgekehrt materielle Armut durch Kinderreichtum bedingt wird, vor allem in den Entwicklungsländern des Nahen und Fernen Ostens.

"Berliner Tagwacht"

Von Hassel wird von allen Seiten zugeeckt

mu. - Kiel

Spötter unter den Journalisten planen vor dem Kieler Landeshaus, dem Sitz des Ministerpräsidenten von Hassel (CDU) ein öffentliches Warnschild anzubringen. Darauf soll stehen: "Warnung für Zeitungsleute". Aus diesem Haus wird mit einstweiligen Verfügungen, Berichtigungsverlangen und Verleumdungsklagen geschossen". In der Tat, in den letzten Monaten ist der Kieler Regierungschef recht böse mit den Zeitungsleuten umgegangen, die ihn ja auch, das sei zugegeben, nicht sehr glimpflich behandelt haben. Der Affairen waren viele im Norden zwischen den Meeren und die Berichte darüber recht hart.

Es begann im Frühjahr mit des Landtagspräsidenten Dr. Böttchers Tochter Sabine, die dann doch nachversetzt wurde und den folgenden Untersuchungsausschuß gegen den abgewählten Lübecker CDU-Bürgermeister und Präsidenten des Parlaments, der nach der Rüge hinsichtlich der Spielbankbeteiligung zurücktrat. Es folgten die Darstellungen über die Dienstwagenbenutzung der Minister und der höchsten Beamten, über Nebenbeschäftigungen von Kabinettsmitgliedern, dem Willen in Glückburg eine dritte Spielbank zu bauen und dem Bau eines Wohnblocks durch einen Minister. Ehe diese Dinge - zum Teil in der schwerfälligen parlamentarischen Mühle - ins rechte Maß gerückt werden konnten, kam dann der Heyde Sawade-Skandal auf die Landesregierung in Kiel zu.

Der Regierungschef v. Hassel setzte gegen eine Frankfurter Zeitung eine einstweilige Verfügung und eine Gegendarstellung durch, wonach er nichts über den Obergutachter Sawade und noch viel weniger über die Identität Sawade-Heyde gewusst hat. Es blieb nicht mehr bei Berichtigung, verlangen wie seinerzeit beim sogenannten Ministerskandal, sondern es gab diesmal handfeste Strafanträge. Kein Wunder, daß die Frankfurter Zeitung jetzt darauf besteht, am 21. Januar in öffentlicher Hauptverhandlung die Dinge geklärt zu sehen.

Das alles sollte man noch als den Streit zwischen einem Ministerpräsidenten und einer Zeitung ansehen, wenn da nicht jener böse Artikel des Ministerpräsidenten von Hassel in der "Politisch-sozialen Korrespondenz" hinzugekommen wäre. Da zeigt sich der Herr von Hassel besorgt über die "Verwilderung der politischen Auseinandersetzung" und meint, man konstruiere Skandale, wühle in der Vergangenheit von Angehörigen der Regierungspartei herum und so fort.

Dabei übersieht der Kieler Regierungschef (der es nicht unterläßt auch auf das Reichspressegesetz mit seinen die Journalisten einengenden Bestimmungen hinzuweisen), daß das Motiv der Publizisten doch einmal das Drängen auf Klarheit und Wahrheit in den politischen Führungsspitzen und zum anderen auf das Herausfinden der Mitwisser im Fall Heyde/Sawade ohne Ansehen der Person ist.

Man kann es im Interesse des jungen demokratischen Staates Bundesrepublik begrüßen, daß die Warnung Hassels vor dem "Missbrauch der Freiheit", wie er es sieht, in der großen deutschen Presse auf eisige Zurückhaltung und Ablehnung gestoßen ist. Die andere Frankfurter Zeitung, die "Frankfurter Allgemeine" äußert unumwunden "die Predigt gegen Skandale "aus reiner Freude an der Sensation", so richtig ihre Argumente auch sein mögen, verliert an Glaubwürdigkeit, wenn nach Ort und Zeit zwangsläufig den Zuhörern etwas in die Nase sticht, was ganz einfach ein Skandal ist. Irgendetwas stimmt da nicht, wenn ein Dr. Sawade jahrelang unter falschem Namen in Amt und Würden weilen konnte."

Das große CDU-Blatt "Kölnische Rundschau" weist von Hassels Angriff gegen einen großen Teil der Presse gleichfalls zurück. Die Zeitung meint, der Heyde-Skandal ist nun einmal ein Skandal und hier liege mehr als bloß eine lokale Bagatelle vor. Die Verantwortlichen in Kiel handeln nicht klug, wenn sie behaupten, es wäre ein Skandal, daß über einen Skandal geschrieben wird.

In dem Herrn von Hassel sicher nicht unbekanntem "Rheinischen Merkur" schreibt immerhin P.W. Wenger unter der Überschrift "Brauner Corpsgeist?" in Schleswig-Holstein habe sich ein Justizskandal enthüllt, der den Eindruck erweckt, als lebe das Dritte Reich in Justizgestalten fort, die Hitlers Wort von der "Schande, Jurist zu sein" hinterher doch noch wahr machen möchten. Der Merkur forderte die CDU in Kiel auf, sich nicht gegen die parlamentarische Klärung zu sperren. Dazu wiederum vermerkt der "Vorwärts", erstatt die Presse anzugreifen sollte Herr von Hassel die Frage von Wenger beantworten, wie es möglich war, daß Professor Heyde offensichtlich jahrelang in Schleswig-Holstein gedeckt wurde.

+ + +

Südtirol

sp - Kein Weihnachts- und Neujahresfrieden herrschte in den Beziehungen zwischen Italien und Österreich. Die leidige Südtirol-Frage läßt keine Ruhe, an ihr entzündeten sich die politischen Leidenschaften. Die italienische Regierung war sicherlich nicht gut beraten, als sie über den Staatssekretär im österreichischen Außenministerium, Professor Gschnitzer, und zwei tiroler Politiker ein Einreiseverbot verhängte. Solche Methoden pflegen in allgemeinen totalitären Staaten anzuwenden. Die drei österreichischen Politiker hatten bestimmt nicht die Absicht, Brandreden zu halten oder gar die Südtiroler gegen die italienische Staatsmacht aufzuwiegeln -, sie wollten zu ihren Stammverwandten fahren, um ihnen zu versichern, daß sie in ihren Ringen um die Verwirklichung des de Gasperi-Gruber-Abkommens die ungeteilte Sympathie und Unterstützung Österreichs finden. Dieses Abkommen, seinerzeit als ein Produkt staatenmännischer Weisheit und Musterbeispiel für die Regelung von nationalen Kinderheitsfragen gefeiert, sah für die Südtiroler autonome Rechte vor. Die Erfüllung gegebener Zusagen blieb von italienischer Seite jedoch aus. Seit zwei Jahren stehen darüber Rom und Wien in Verhandlungen. Sie kommen nicht vom Fleck, so daß sich der österreichische Außenminister Kreisky, ein des Nationalismus gewiß nicht verdächtiger Mann, zu der Erklärung genötigt sah, er werde, falls kein Entgegenkommen zeige, die Vereinten Nationen anrufen. Das hat ihn die italienische Regierung sehr übel genommen, und sie reagierte darauf mit Einreiseverboten - ausgerechnet vor Weihnachten.

Das Ganze ist höchst unerfreulich, und es beweist wieder einmal mehr, wie schwer es ist, innerhalb der westlichen Welt die Werte zu verwirklichen, zu denen sich auch die italienische Regierung durch ihre Zugehörigkeit zur Atlantik-Gemeinschaft bekennt. Dazu gehört das Recht des Menschen, seine Sprache zu pflegen, sich ungehemmt kulturell zu entfalten und seine angestammte Heimat vor Überfremdung zu bewahren. Darum geht es in Südtirol.

+ + +
"Oberländer"

sp - Unter diesem Titel hat der SPD-Pressedienst in seiner Ausgabe vom 4. November 1959 einen Artikel über den derzeitigen Bundesminister für Flüchtlinge und Vertriebene, Professor Oberländer, veröffentlicht. Der Artikel befaßte sich unter Bezugnahme auf die in der breitesten Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe kritisch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Oberländers und zitierte u.a. auch Stellen aus einem Aufsatz, der in "Neues Bauerntum" im April 1940 erschienen war und für den Oberländer als Verfasser zeichnete. Dieser Aufsatz sei, schrieb Oberländer dem SPD-Pressedienst, ohne sein Zutun an entscheidenden Stellen im Sinne einer verschärften nationalsozialistischen Ostpolitik geändert worden. Als Beweis dafür legte der Vertriebenenminister eidesstattliche Erklärungen der damaligen Redaktionsmitglieder von "Neues Bauerntum", A. von Machul und Prof. Dr. Konrad Meyer, bei. Oberländer hat freilich nicht in seinem Schreiben zu sagen vermocht, wie denn dieser Artikel ursprünglich ausgesehen habe, was von ihm und was aus fremden Federn stammt. Die in dem erwähnten Artikel des SPD-Pressedienstes gezogenen Schlussfolgerungen verlieren dadurch nicht an Gültigkeit; die unbestrittene nationalsozialistische Vergangenheit Oberländers ist eine Belastung für eine in die Zukunft weisende deutsche Ostpolitik. Sein Rücktritt bleibt ein Gebot der politischen Vernunft.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel